

Besetzungen: Uni verlangt von Polizei Personendaten

Die Universität prüft rechtliche Schritte. Ferner: Einlasskontrollen, eine Analyse, ein neuer Verein – und Angst bei Juden.

von Claude Bühler



Megaphon und Arafat-Tücher: Die Besetzung des Bernoullianums am 15. Mai. Bild: Claude Bühler

Trefflicher hätte man die Stimmung nicht beschreiben können. Patrick Marcolli kommentierte, die Besetzungen von Uni-Gebäuden seien zur Operette verkommen. Das «Lasst mal gut sein» des bz-Chefredaktors an die Besetzer hat sich, so scheint es, auch die Stadt zu eigen gemacht. «Es» ist ja jetzt «vorbei», im öffentlichen Gespräch will man zur Tagesordnung übergehen. Die Besetzungs-Ticker versinken ins Nirvana der digitalen Medienarchive.

Obwohl Demos, Polizeieinsätze, politische Teilhabe, Menschenrechte, Antisemitismus der Stoff so vieler hitziger Debatten und Vorstösse in Basel sind: Es bleibt weitgehend still bei den meisten Parteien, seit Aktivisten auf dem Gelände der wichtigsten Lehrinstitution – dem Stolz der Humanistenstadt – eine «Intifada!» per Megaphon forderten, das Bernoullianum besetzten und eine Film-Vorführung über eine Flugzeugentführerin organisierten.

Und dies, obwohl durchaus sicherheitsrelevante Themen im Raum stehen. Intifada-Aufrufe haben etwa schon Einzeltäter zu Messerattacken bewogen. Die Universität hat seit den Besetzungen die Einlasskontrollen ausgeweitet. Details dazu würden aber nicht bekanntgegeben, schreibt Sprecher Matthias Geering auf Anfrage.

SVP-Grossrat: «Bei Rechtsextremen hätte man sofort geräumt»

Die SVP reicht zwei Vorstösse ein. Grossrat Felix Wehrli fragt die Regierung: Hat die Uni Strafantrag gestellt? Hat die Polizei die Personalien der Leute aufgenommen, die das Bernoullianum und später die Institute besetzten? Werden sie verzeigt? Welche Konsequenzen haben die verschiedenen illegalen Besetzungen für Studenten, die daran teilgenommen haben, will etwa Grossrat Joël Thüring wissen.

Bislang ist klar: 41 Personen wurden nach der Bernoullianums-Besetzung kontrolliert, deren 20 nach der dritten Besetzung. Aber in den Gebäuden wurde niemand angetroffen. Die Besetzer haben mutmasslich an ihren sogenannten Demo-Trainings die Flucht aus den Häusern geübt. Die Polizei müsste den Hausfriedensbruch den einzelnen Personen nachweisen – ein wahrscheinlich schwieriges Unterfangen

Felix Wehrli ärgert sich gegenüber Prime News: «Hätten sich Rechtsextreme mit ihren antisemitischen Parolen oder Gewaltaufrufen in einem Uni-Gebäude verschanzt, wäre sicher viel schneller geräumt worden. Und zwar so, dass man die Leute auch erwischt und zur Anzeige gebracht hätte – was auch absolut richtig wäre», so der ehemalige Kriminalpolizist der Staatsanwaltschaft.

Möglicherweise hat die Sache für die Protestler dennoch ein Nachspiel. Die Universität Basel klärt derzeit ab, ob rechtliche Schritte gegen Angehörige der Universität Basel eingeleitet werden können, die sich an den illegalen Besetzungen beteiligt haben. Die Universität Basel hat diesbezüglich bei der Polizei die Herausgabe allfälliger Personendaten beantragt, heisst es auf Anfrage von Prime News.

Jüdische Studien: Angst und ein neuer Verein

«Für uns ist es überhaupt nicht vorbei», sagt Laura Alt auf Anfrage: «Wir wissen ja nicht, was als Nächstes geschieht.» Die Co-Vorsitzende hatte kurz nach der ersten Besetzung ein dramatisches Statement der Fachgruppe Jüdische Studien verschickt. Diese erinnerte daran, dass es im November Bombendrohungen gegen jüdische Institutionen in Basel gegeben habe. Die Vorgänge mit der Besetzung und den Demonstrationen beobachtete man «mit Betroffenheit und Bestürzung». Und dass im Zentrum für jüdische Studien ein Klima der Angst herrsche.

Auch jetzt noch gebe es ein beinahe körperliches Missbehagen. «Wenn die Besetzer 'Intifada' schreien oder ein Institut nach dem mutmasslichen Terroristen Bassel al-Araj benennen, dann wird eine teilnehmende Studentin vielleicht nicht wissen, wovon hier die Rede ist. Wir aber schon», so Alt dezidiert. «Unsere Studierenden sind erschöpft».

Das Gespräch mit den Besetzenden hat man nach den ersten Versuchen aufgeben: «Die haben sich mit ihren Aussagen und ihren Postings in den sozialen Medien selbst disqualifiziert.» Eine Auseinandersetzung «auf Basis akademischer Prinzipien» sei nicht möglich gewesen.

Die Besetzungen haben indes einem neuen Vereinsprojekt Schub gegeben. Unter dem Namen «Verein jüdischer Studierender» trifft sich eine Gruppe von 25 Personen. Dabei will man Anlaufstelle intern und extern sein und für die eigenen Interessen eintreten.

Etwa gegenüber der Uni. Die Universitätsleitung sei in engem Kontakt mit den Leitern des Zentrums für Jüdische Studien, aber auch mit der Vertretung der jüdischen Studierenden, heisst es auf Anfrage. Man dulde keinen Antisemitismus auf dem Campus.

Sponsored Content



«Sexualität im Alter – das Begehren bleibt»

Themenwoche mit öffentlicher Podiumsdiskussion im Adullam Spital und Pflegezentrum in Basel am 11. Juni 2024.

Goetschel setzte sich für Erstreckung von Ultimatum ein

Hat man ihn nicht schon geduldet? Laurent Goetschel sagt Ja, aber nur punktuell. Der Politikwissenschaftler wehrt sich dagegen, die Besetzungen insgesamt als antisemitisch zu bezeichnen. «Bei ungenauer Verwendung wird der Begriff ausgehöhlt», so der Leiter von Swisspeace: «Intifada ist sicher problematisch. Wir denken an Anschläge und Selbstmordattentäter. Aber für die Besetzer hier muss der Begriff nicht zwingend Gewalt bedeuten». Solche Aufrufe wären daher zu präzisieren.

Goetschel war es, der sich für eine Erstreckung des ersten Ultimatums um weitere 12 Stunden stark gemacht hatte. Das Rektorat sagte schliesslich zu, das Ultimatum neu auf Mittwoch morgen 8 Uhr zu legen. Es wurde bekanntlich nicht eingehalten – die Protestler blieben. Sechs Stunden später fuhren die Kastenwagen auf.

«Mir ging und geht es um die Hoffnung auf einen Dialog», so Goetschel, der mit anderen 50 Dozenten die den Aufruf an die Uni-Leitung unterzeichnete, «unverzüglich» mit den Protestierenden den Dialog aufzunehmen. «Wir bestehen auf der Verpflichtung der Universität, sich grundsätzlich kritisch mit dem Verhältnis von Wissenschaft und Politik auseinanderzusetzen», heisst es darin. Die Universitätsleitung und die Philosophisch-Historische Fakultät seien «im Austausch mit Unterzeichnenden dieser Aufforderung.»

Die Forderung nach Boykott jüdischer Institutionen lehne Goetschel klar ab. «Aber wenn es die nach dem Support von palästistinensischen Studierenden und Forschenden geht, wäre ich dabei».

Uni: Podiumsdiskussionen und Untersuchung

Als Goetschel am Dienstagabend zu den Besetzern im Bernoullianum sprach, habe er zwei unterschiedliche Gruppierungen wahrgenommen. «Die Meisten waren nach meiner Wahrnehmung Studierende, die ein echtes Menschenrechts-Anliegen haben und ein Zeichen setzen wollten». Aber es gab auch die anderen, die «für Dialog nicht geeignet waren», wie Goetschel sich ausdrückt. Diese wollten «Kampf».

Für die erste Gruppe versuche die Uni eine Plattform anzubieten, welche «an einem konstruktiven Dialog» interessiert sind. Weiter laufe die Planung «einer Serie von Podiumsdiskussionen im Herbstsemester 2024, in welcher der Konflikt im Nahost thematisiert werden soll.»

Joël Thüning fragt etwa in seinem Vorstoss, ob und wie die Uni einen neutralen Lehrbetrieb sicherstellen will. Schwierige Frage. Die Uni stellt in Aussicht: Die Besetzungen und deren Auswirkungen würden «gründlich untersucht». Diese Analyse werde aber «noch einige Zeit in Anspruch nehmen.»

Die kostenlose Prime News-App – jetzt [📄](#) herunterladen.



Claude Bühler

Redaktionsleiter

Mehr über den Autor